

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **30 (1950-1951)**

Heft 11

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Die ziemlich radikalen Äußerungen, welche der amerikanische Senator Taft im Bereiche der Beteiligung amerikanischer Truppen an der Verteidigung Europas bereits zu wiederholten Malen getan hat, sind weitherum in der Welt mit großer Beachtung aufgenommen worden. Zwar zeigen nun diese Äußerungen nicht unbedingt eine einheitliche Linie, denn das eine Mal wollte der Senator von einem Einsatz amerikanischer Landtruppen in Europa überhaupt nichts wissen, während er sich dann später immerhin bereit erklärte, einer begrenzten Teilnahme solcher Truppen zuzustimmen. Aber ungeachtet dieser Modifikationen blieb der Grundgedanke der Äußerungen des Senators bestehen: die Überlegung nämlich, die Vereinigten Staaten sollten ihre rüstungsmäßigen Aufwendungen im wesentlichen auf den Ausbau einer überwältigenden See- und Luftmacht konzentrieren, die Landarmee aber zurückstellen. In den Überlegungen des Senators wurde weiter gesagt, Rußland würde es nicht wagen, gegen einen solchen rüstungsmäßigen Einsatz anzugehen; was aber Europa betreffe, so solle man den Sowjets rundheraus erklären, jeder Angriff auf die Demarkationslinien und festgelegten Grenzen in Europa würde ohne weiteres die Auslösung dieses amerikanischen Einsatzes zur Folge haben. Was aber andererseits die Aufrüstung Westeuropas anbelange, so sei eine solche eher geeignet, einen russischen Angriff auszulösen als ihn zu verhindern, und die betreffenden Pläne hätten deshalb im Grunde kaum einen nützlichen oder vertretbaren Zweck.

Leute, die sich in ihren politischen Überlegungen von der Linie althergebrachter Dogmen nicht trennen können, haben ob diesen Erklärungen den Kopf geschüttelt. Im Grunde aber scheinen sie gar nicht so abwegig. Wenn der Leser beispielsweise die in diesem Heft publizierten Berichte aus Italien und Frankreich in oder zwischen den Zeilen beachtet, so wird er wohl mit uns zum Schlusse kommen, daß das mit der westeuropäischen Aufrüstung doch eine ziemlich heikle Sache ist. Und es scheint manchmal, als laufe die Linie der derzeit eingeleiteten westeuropäischen Rüstungspolitik gerade darauf hinaus, den Sowjets ungewollt das in die Hände zu spielen, was sie bisher vergeblich erstrebten. Jedenfalls dürfte es im Falle Frankreichs und Italiens außerordentlich schwierig sein, Armeen aufzustellen, die einem russischen Einsatz auch nur sehr teilweise gewachsen wären. Es fehlen hiefür tatsächlich so ziemlich alle Voraussetzungen. In beiden Ländern sind die inneren Verhältnisse noch keineswegs stabil, und von einem ernsthaften Rückgang des Kommunismus ist kaum etwas zu bemerken. Auch sind nach wie vor in beiden Ländern die Lebensbedingungen eines großen Teiles der breiten Masse, mit Einschluß der unteren und teilweise auch der mittleren Beamtenschaft, schlecht, um nicht zu sagen: unwürdig. Vielleicht kann man unter solchen Bedingungen im Osten kampfwillige Armeen aufstellen; im Westen geht das nicht mehr. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, so lassen sich die Wohnverhältnisse in den großen Städten, ganz abgesehen von den Zerstörungen durch Kriegseinflüsse, kaum anders als bedenklich bezeichnen. So sind in Frankreich infolge der praktisch seit Ende des ersten Weltkrieges bestehenden

Mietzinssperre in den Häusern der Städte kaum die dringendsten Renovationsarbeiten vorgenommen worden, so daß die Masse der Mietshäuser, wo die Masse der kleinen Leute wohnt, auf dem Stande von 1914 geblieben ist. Frankreich hat erst in jüngster Zeit, infolge der Verbesserung der wirtschaftlichen Allgemeinlage, mit einer Lockerung der Mietzinssperre begonnen, wie ja überhaupt der wirtschaftliche Wiederaufbau in diesen beiden westlichen Ländern noch völlig am Anfang steht. Angesichts dieser Verhältnisse wird sich wohl ohne weiteres die Überlegung aufdrängen, wohin es wohl führen mag, wenn nunmehr ein großer Teil der Mittel, welche eben für diesen wirtschaftlichen Wiederaufbau bestimmt waren, auf die Rüstung abgezweigt werden müßte, — eine Perspektive, die unausweichlich erscheint, da selbstverständlich nur ein sehr begrenzter Teil des Rüstungsbedarfes dieser Länder durch die Vereinigten Staaten gedeckt würde, zumal angesichts der Stimmungswandlungen, welche jenseits des Ozeans einzutreten beginnen.

Das ist, so will uns scheinen, ein Gesichtspunkt, der seinerseits, wenn auch aus einer anderen Blickrichtung, irgendwie ebenfalls zu den Überlegungen führt, welche der amerikanische Senator angestellt hat. Jedenfalls wäre es gut, man würde sich allerseits die Reaktionen, welche gegenüber der sowjetischen Aggressionspolitik zu treffen sind, in ruhiger und abwägender Überlegung bereitlegen, damit man nicht am Ende das Kind mit dem Bade ausschüttet.

Jann v. Sprecher

Brief aus Paris

Zu Beginn des Jahres hat

die internationale Lage

starken Einfluß auf die innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs genommen und beherrscht sie nun gleichsam. Wenn sich die in Umlauf gesetzten Gerüchte über eine Erweiterung des Ministeriums durch den Eintritt Bidaults auch nicht bewahrheitet haben, so steht es nichtsdestoweniger fest, daß im Palais Royal der Wunsch immer mehr zu Tage tritt, die schwache Stellung des Kabinetts Pleven zu verstärken und auf wohlüberlegte Art mehrere Ministerportefeuilles an solche Persönlichkeiten zu verteilen, die geeignet wären, die schwache Basis der Regierungsmehrheit zu verbreitern. Die letzten Reden General de Gaulles scheinen die R.P.F.-Abgeordneten nicht gerade anzuspornen, ihr Vertrauen einem Kabinett zu schenken, das — nach den Worten des Generals — «Frankreich zu einem willenlosen Spielball macht»; aber ohne Zweifel wird die Stunde bald schlagen, in der unter dem Druck der äußeren Ereignisse und angesichts der Verantwortung für eine im Prinzip von ihnen gebilligte Politik die «Atlantiker» eindeutig für die von vielen herbeigewünschte «Nationale Union» stimmen werden.

Inzwischen herrscht in Frankreich ziemliches Unbehagen.

Die öffentliche Meinung ist ebenso sehr durch die ernstesten internationalen Ereignisse aus der Fassung gebracht, wie durch die inkonsequente Regierungspolitik, der es weder im Innern noch im Äußern gelang, sich auch nur in einem Punkt durchzusetzen. Man hat nicht vergessen, daß Jules Moch, der Minister für die nationale Verteidigung, nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten in der National-

versammlung nur eine Minderheit hinter sich brachte, und daß in geheimer Abstimmung sogar verlangt wurde, er solle vor dem Obersten Gerichtshof zur Verantwortung gezogen werden. Wir fällen hier kein Urteil über den im Amt befindlichen Minister, nur über den Vorgang als solchen. Vierzig M.R.P.-Abgeordnete forderten in geheimer Abstimmung, daß Moch das Vertrauen entzogen werde. Ohne Zweifel wollten sie damit ausdrücken, daß sie die Schaukelpolitik verurteilten, die der sozialistische Minister, sei es sogar um den Preis einer Lockerung der westlichen Bündnisse, in New York angedeutet hatte. Nicht weniger als eine öffentliche Abstimmung war damals nötig, um Moch aus der Klemme zu ziehen. Und dieses zweite Mal gaben ihm die Mehrheitsabgeordneten — M.R.P. inbegriffen — ihre Stimme.

Diese plötzliche Schwenkung ist sehr aufschlußreich. Vor allem zeigt sie die außerordentliche Macht der Parteien über die Abgeordneten. Nur die politische Gruppe zählt; nur die Mitglieder des die Direktiven gebenden Komitees denken, handeln und befehlen. Unter dieser Vormundschaft hat der Abgeordnete keine persönliche Freiheit mehr, kein individuelles Gewissen. Wir berühren hier einen der für das heutige Frankreich charakteristischen Zustände; wir legen den Finger auf eine der Wunden, welche die Folgen des in der Verfassung von 1945 Gutgeheißenen sind: der Aufgabe der Persönlichkeit zu Gunsten der Idee der sozialen, der kollektiven Gruppe. Letztere, die Kommunisten, haben den Vorzug, offen zu sein. Das hat man Ende des Jahres bei der Diskussion über die Wahlreform beobachten können, als das Parteiinteresse wieder einmal den Sieg über das allgemeine Interesse davontrug, als die Stimmen der Kommunisten sich mit denen der gemäßigten Parteien zusammaten, um die Wahlreform zu Fall zu bringen. Das Proporzwahlssystem ist im Jahr 1945, zur Zeit der Dreiparteien-Regierung, durch die Kommunisten durchgedrückt worden. Jetzt klammern sie sich daran, und das ist normal! Aber was soll man von ihren Verbündeten im Parlament, von den M.R.P. und den Sozialisten, denken, die sich zu ihren Komplizen machen? Je länger die Herrschaft der Parteien dauert, je besser wird die kommunistische Propaganda in der Lage sein, ihre Arbeit der inneren Zersetzung weiterzuführen.

Das Amnestiegesetz,

das unter dem Deckmantel des Liberalismus ein Gesetz des Zwanges ist, liefert den Beweis dafür. Allgemein herrscht in dem Gerechtigkeit und Befriedung wünschenden Land das Empfinden vor, daß diejenigen, die für das Gesetz stimmten, leichtfertig handelten. Sie sind in Wirklichkeit nur ihrem Gefühl des Hasses und der Rachsucht gefolgt, gar nicht zu reden von der im Parlament sehr verbreiteten Angst, durch eine in der Mehrzahl der Fälle nur gerechte Amnestie politische Gegner wieder auftauchen zu sehen, die man fürchtet.

Eine andere Ursache des französischen Unbehagens scheint von der Propaganda herzurühren, die sich täglich in der Presse breit macht, mit klar erkennbarem neutralistischen Charakter. Sie macht viele Franzosen bestürzt und ratlos. Daß die Kommunisten solche Tendenzen unterstützen, versteht sich von selbst; aber viele Leute sind mit Recht erstaunt, daß eine Zeitung wie «Le Monde», deren Beziehungen bekannt sind, sich zum Echo dieser Tendenzen macht und jetzt, da sich das Geschick der Welt entscheidet, eine Politik des Gleichgewichts empfiehlt.

Tatsächlich verlangen

die Neutralisten,

Frankreich solle Mittel und Wege finden, seine Unabhängigkeit sowohl gegenüber Amerika wie auch gegenüber Rußland zu erklären — als ob es ein gemeinsames Maß für die beiden großen Mächteblocks gäbe. Die intellektuellen Kreise der Linken nehmen diesen Vorschlag im allgemeinen günstig auf, denn er schmeichelt ihrer

«Stellung der doppelten Absage», wie sie es nennen. Aber es ist klar, daß ein solcher Vorschlag vor allem für die U. d. S. S. R. vorteilhaft ist. In Frankreich fehlt es ja nicht an von der Macht Rußlands faszinierten Statisten, die bereit wären, sich bei gegebener Gelegenheit dem sowjetischen Block anzuschließen. Obgleich es von diesem immer heißt, er sei aus einem einzigen Fels gebildet, befindet sich doch an seinen Rändern eine ganze zu den Quartiermachern des Kommunismus zählende Garnitur von Pazifisten, Defaitisten und Opportunisten jeglicher Art, die man nun in den Reihen der Neutralisten wiederfindet. Warum trägt die kommunistische Partei Frankreichs augenblicklich eine so große Passivität zur Schau? Offensichtlich will sie den Eindruck von Mäßigung und beruhigender Vernunft erwecken. Ihre ganze Propaganda zielt darauf hin, den Frieden und die Abrüstung in den Vordergrund zu rücken, ohne dabei zu Streik oder Aufruhr aufzufordern. Die Absicht der Partei ist, eine «ideologische Atmosphäre» zu schaffen, die einer neuen Dreiparteien-Regierung, einer neuen Volksfront günstig wäre und geeignet, die Politik Moskaus zu unterstützen.

Die neutralistische Propaganda, die kurz gesagt dahin zielt, die rasche Wiederaufrüstung Frankreichs zu verhindern und die atlantische Einheit zu zerbrechen, kann daher als eines der gefährlichsten Manöver des kalten Krieges angesehen werden. Hierher gehört auch ein neuer Einschüchterungsversuch, der unter Beihilfe einer gewissen Zahl markanter Persönlichkeiten in Erscheinung getreten ist (der Chef der französischen Diplomatie trägt dafür keine Verantwortung, da er nicht befragt wurde). Es handelt sich darum, in den Augen des in Verwirrung geratenen und sehnlichst den Frieden wünschenden Publikums die Unvereinbarkeit des Atlantikpakts — der uns an Amerika bindet — mit dem französisch-sowjetischen, durch das Haupt der provisorischen Regierung am Tag nach der Befreiung unterzeichneten Beistandspakt deutlich hervortreten zu lassen. Auf diese Weise hoffen die Sowjets, die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, daß es zwecklos sei, auf Frankreich zu rechnen; außerdem hoffen sie, auf diesem Weg das höchste Ziel der sowjetischen Strategie, die Spaltung der Westmächte, zu erreichen.

Seit Monaten hat die französische Politik es sich zur Aufgabe gemacht, die

Wiederaufrüstung Deutschlands

hinauszuschieben. Die Sozialisten, in diesem Punkt einig mit den Kommunisten, haben sich ihr kategorisch widersetzt. Die Folge ist, daß diese Weigerung Frankreichs nicht nur das französisch-deutsche Verhältnis getrübt hat, sondern auch in den französisch-amerikanischen Beziehungen eine Krise hervorrief, die ebenso ernst ist wie diejenige, die 1944—1945 die Machtergreifung General de Gaulles kennzeichnete. Heute findet sich Frankreich so isoliert, wie es das in solchem Grad selten in seiner Geschichte erlebt hat. Kürzlich hat man in Luxembourg die Erinnerung an die letzten Tage des Zweiten Kaiserreiches wachgerufen. Man tut damit Napoleon III. unrecht, dessen Regierung auch glanzvolle Zeiten kannte. Wie die Dinge heute stehen, machen sich für Frankreich vor allem die Folgen der geringen Autorität bemerkbar, die ein Ministerkollegium genießt, das sich bis jetzt unfähig erwies, die Hypothek abzutragen, mit der die Fünfte Kolonne das Land immer noch weiter belastet.

Durch ihre Improvisationen hat es die Regierung Pleven erreicht — um die Worte General Billottes, des früheren französischen Militärsachverständigen bei der Uno, zu wiederholen —, gleichzeitig die drei von Frankreich am meisten zu fürchtenden Gefahren näherrücken zu lassen: die Gefahr der Isolierung, wenn die Vereinigten Staaten genug von unserer Obstruktionspolitik haben; die Gefahr der militärischen Wiedergeburt Deutschlands, wenn wir weiter darauf beharren, selbst schwach zu bleiben und uns in Wehklagen zu ergehen; die russische Gefahr, die

um so größer ist, weil Moskau bei uns einen Mangel an Entschlußfähigkeit herausfühlen wird.

Angesichts dieser ernstesten Tatsachen und der Unkenntnis der Absichten des Kremls läßt die neutralistische Utopie eine um so größere Schuld auf sich, wenn sie leichtgläubigen Ohren ihren feigen Defaitismus einflüstert. Man versucht, die Franzosen von der Zwecklosigkeit der Wiederaufrüstung zu überzeugen und sie geneigt zu machen, schon jetzt die russische Hegemonie in Europa als unvermeidliches Verhängnis hinzunehmen. Die Idee, es sei besser, in das große sowjetische Reich einbezogen zu werden als sich der Gefahr eines neuen Krieges auszusetzen, findet heute in den verschiedensten Bevölkerungskreisen Anhänger. Immerhin darf man daraus nicht schließen, daß diese in den letzten Monaten wachsende Tendenz allgemein verbreitet sei. Sie stellt nur die Ansicht einer Minderheit dar — jedoch einer merkwürdig rührigen Minderheit —, die in ihren Reihen auch gewisse fortschrittliche Katholiken zählt, die bereit sind, sich den Sowjets zu unterwerfen. Wir erwähnen sie nur der Objektivität halber, denn die große Mehrheit der französischen Bevölkerung ist natürlich für eine Verteidigung des Westens.

Es ist wahr, daß selten ein Jahr unter so

düsteren Vorzeichen

angefangen hat. Einige klare Ideen und nur etwas richtiges Handeln würden jedoch genügen, um Frankreich zu erlauben, sich von neuem aufzurichten und seine traditionellen guten Eigenschaften wiederzufinden. Denn es fehlt nicht an Franzosen, die von dem Wunsch beseelt sind, sich dem Wohl der Allgemeinheit zu widmen. Aber sie müßten — und nicht nur sie allein — sich frei ausdrücken können. Frankreich lebt aber — wir wiederholen es — unter der Diktatur der Parteien, die auf dem Gebiet der Politik jede persönliche Initiative unterbinden und dadurch die für das Land unbedingt nötigen Reformen unmöglich machen (jene die Wahlreform ablehnende Abstimmung hat das erneut gezeigt). Es würde eine ungeheure Gefahr bedeuten, wenn das so ehrliche und innerlich gesunde Land, ohne sich dessen bewußt zu werden, nach und nach so weit käme, eine «Volksdemokratie»-Regierung im Stil etwa der Prager Regierung anzunehmen, was für das westliche Europa ein furchtbarer Schlag wäre. Welches auch die Ereignisse und Überraschungen sein mögen, die uns die Zukunft vorbehält, eines ist sicher: die Weltgeschichte verfügt über heroische Hilfsmittel.

Jean de Saint-Chamant

Brief aus Italien

Leider ist es uns nicht vergönnt, einen indiskreten Blick in General Eisenhowers Tagebuchblätter über seine Explorationsreise durch Europa zu tun. Ganz besonders hätten uns seine Impressionen über Italien interessiert. Daß in den Regierungs- und höhern Armeekreisen ein aufrichtiger Verteidigungswille im Rahmen des Atlantikpaktes besteht, steht außer Zweifel, ebenso daß in gewissen Landesgegenden, vor allem im Alpengebiet, eine echte Verteidigungsbereitschaft vorhanden ist. Aber der unvoreingenommene Beobachter muß leider konstatieren, daß dieser

Widerstandsgeist in großen Kreisen der Bevölkerung weitgehend fehlt.

Was der Römer Korrespondent der NZZ. in seinem kürzlich erschienenen Artikel: «Die Verteidigung Italiens, psychologisch betrachtet» in dieser Hinsicht aussagte,

ist leider nur allzu wahr. Daß die kommunistischen und linkssozialistischen Arbeiterkreise im allerbesten Fall bei einem Angriff von außen «neutral» bleiben würden (und dies auch nur, wenn die Polizeikräfte so stark wären, daß sie jede Aufrührerbewegung im Keime ersticken könnten) liegt auf der Hand. Nicht so selbstverständlich ist die defaitistische Haltung eines großen Teiles der Bourgeoisie und Aristokratie, d. h. gerade jener Kreise, die bei einem Umbruch am meisten zu verlieren hätten. Genau wie in Frankreich bekommt man in Gesprächen Sätze zu hören, die jedem Ehrgefühl, ja der primitivsten Vernunft Hohn sprechen. Daß in den kriegsversehrten Ländern die Friedenssehnsucht doppelt groß ist, ist verständlich. Weit weniger verständlich aber ist die Vogel-Strauß-Politik, die da glaubt, durch feiges Abseitsstehen könne die Gefahr beschworen werden. Man vertraut auf den «stellone», den nationalen Glückstern, daß man wie im letzten Krieg relativ heil aus einem neuen Schlamassel herauskommen würde.

Daß die Regierung angesichts dieser Grundstimmung einen sehr schweren Stand hat, liegt auf der Hand. Durch die massiven Rüstungsaufwendungen, um die Italien nicht herunkommt, wird die in den letzten Jahren mühsam errungene wirtschaftliche Konsolidierung, die zu einer deutlichen sozialen Entspannung geführt hat, gerade in dem Augenblick wieder in Frage gestellt, wo man endlich «über dem Berg» zu sein wähnte. Kein Wunder, daß in der Regierung selber zwischen den Finanz- und Wirtschaftsministern einerseits, denen Währungsstabilität und sozialer Friede besonders am Herzen liegen, und dem Verteidigungsminister Pacciardi andererseits seit Wochen ein zähes Tauziehen im Gange ist. Mars scheint gegen Merkur die erste Runde gewonnen zu haben. Wie eine neue Inflation verhindert werden kann, ist uns trotz der relativ stabilen Währungslage nicht gut verständlich. Als Vorläufer bestimmt zu erwartender weiterer Maßnahmen wurde zunächst einmal eine allgemeine Bestandesaufnahme von Textilrohstoffen, Metallen und Leder verfügt, und die Regierung soll demnächst für zwei Jahre mit so weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden, daß mit sehr kräftigen Aderlassen zu rechnen sein wird. Kein Wunder, daß Gold- und Hartdevisenkurse 15—20 % über den Juniquotationen liegen. Augenscheinlich werden gegenwärtig wieder große Lireposten abgestoßen.

Dieses Problem ist ja nicht nur typisch italienisch, sondern — mutatis mutandis — allgemein europäisch. Nur ist es in Italien besonders akut. Hoffentlich sieht General Eisenhower auch diese Seite des atlantischen Aufrüstungsprogramms. Angesichts der Rückschläge in Korea scheint man in Amerika vielerorts die nüchterne Beurteilung europäischer Dinge und Möglichkeiten verlernt zu haben. Auf diesem Boden kann einmal ein gefährlicher Isolationsweizen aufschießen.

Trotz der ständigen Spannungsvermehrung im außenpolitischen Sektor ist

die innere Lage

seit Monaten relativ ruhig. Selbst die Erinnerungsfeier an die letztjährigen Unruhen in Modena, die damals sechs Todesopfer gefordert hatten, verlief erstaunlich friedlich. Wohl flackern da und dort politische Streiks auf, aber zu Großaktionen ist es seit längerem nicht mehr gekommen. Trotz der letzten kommunistischen Erfolge in Korea glauben wir nicht an ein Wiederanschwellen der Kräfte auf der äußersten Linken. Was Togliattis seltsamer Moskauaufenthalt zu bedeuten hat, wird die Zukunft lehren. Ausgespielt dürfte er auf alle Fälle noch nicht haben. Die Regierungskoalition scheint trotz der Folgen der Aufrüstung vorläufig nicht in die Brüche zu gehen. Neue Spannungen zeigen sich viel eher in De Gasperis eigenen Reihen, indem der linke Flügel der «democrazia cristiana» die Regierungspolitik angreift.

Im außenpolitischen Sektor verdient die weitere Stimmungsbesserung an der Adria hervorgehoben zu werden. Italien ist natürlich für die Vorpostendienste, die

ihm Tito an seiner Ostgrenze leistet, sehr froh, und Jugoslawien andererseits findet in Italien einen komplementären Handelspartner, der ihm ebenso gelegen kommt. Daß diese Vernunfthehe sich eines Tages zu einem Triestiner Idyll entwickeln wird, sehen wir als durchaus möglich, ja als wahrscheinlich an.

Das geplante Treffen zwischen Pleven und Schumann einerseits und De Gasperi-Sforza andererseits fällt in eine

Periode zunehmender Anglophobie.

Zu Recht oder Unrecht kreidet man den Engländern den Anschluß Erythräas an Abessinien an, jener ersten vofaschistischen Kolonie, mit welcher Italien durch sentimentale Bande immer noch stark verbunden ist. Ebenso verdächtigt man das Foreign Office, die wahre Unabhängigkeit Lybiens durch die Ausrufung des englandhörigen Senussifürsten zum Herrscher über das ganze ehemalige italienische Nordafrika zu hintertreiben. Nicht nur sieht man sich um seine Schadenfreude betrogen (wenn ich nicht, so du auch nicht), sondern hält auch die Entwicklungsmöglichkeiten, die ein wirklich freies Lybien Italien geboten hätte, weitgehend in Frage gestellt. Da die ganze Nordafrikapolitik Englands auch den Franzosen (zwar aus andern Gründen) nicht in den Kram paßt, wird wenigstens in diesem Punkte zwischen den französischen und italienischen Exponenten beim vorgesehenen Treffen Einigkeit herrschen. Der neue Annäherungsversuch ging übrigens augenscheinlich von Paris aus, wo eine Rückenstärkung aus Rom in der Abwehrstellung gegen Washington, London und Bonn scheinbar erwünscht ist. Vielleicht wird bei dieser Gelegenheit wieder einmal eine Hymne auf die sagenhafte französisch-italienische Zollunion gesungen werden, deren Verwirklichung in immer weitere Fernen entschwindet. Hinsichtlich der deutschen Aufrüstung werden die Franzosen allerdings keine Unterstützung finden, denn so verhaßt die Wehrmacht auch am Kriegsende in Italien war, so rasch verflog das Ressentiment. In Rom besteht bereits wieder eine deutsche Schule. Wie vor dem Krieg anerkennt man neidlos die deutsche Überlegenheit auf vielen Gebieten, während man den Engländern mit Haß und den Franzosen weitgehend mit Verachtung oder gar Haßliebe begegnet. Die Amerikaner haben sich infolge ihrer naiven Politik große Sympathien verschert, so rückhaltlos ihr Einsatz in Korea auch anerkannt wird.

Freundlichere Töne kann man für

das wirtschaftliche Leben

Italiens im letzten Jahrviertel anschlagen. Die industrielle Produktion steht um ca. 10 % über dem Vorjahrniveau, wobei gewisse Branchen, wie die Automobilerzeugung, einen ausgesprochenen Boom erleben. Auch die Textilfabriken arbeiten befriedigend. Die Landwirtschaft hatte ein gutes Jahr. Die einheimische Getreideerzeugung hat mit 75 Millionen Dz. das Vorkriegsniveau wieder erreicht, und auch andere Lebensmittel wurden wieder reichlich produziert. Der seit einigen Monaten deutlich sichtbare Preisaufrtrieb rührt denn auch nicht von dieser Seite her, sondern von den rapid steigenden Preisen ausländischer Rohstoffe wie Metalle, Wolle, Baumwolle, Gummi usf. Das Bruttovolkseinkommen soll seit letztem Jahr um ca. 7 % gestiegen sein. Die Arbeitslosenzahl weist — vom gegenwärtigen saisonalen Einfluß abgesehen — leicht rückläufige Tendenz auf. Recht erfreulich sind auch die Außenhandelszahlen: genau wie Frankreich exportierte Italien im September und Oktober mehr als es importierte. Man rechnet mit einer Totalausfuhr von fast 5 Milliarden sfrs. und einer Einfuhr von ca. 6 Milliarden sfrs., was einer Defizitverminderung von mehr als einer halben Milliarde sfrs. entspricht. Die Verbesserung kommt z. T. von einer Ausfuhrhebung her, vor allem aber von einer massiven Importdrosselung auf dem Lebensmittelgebiet als Folge der eigenen Erholung. Ob die Aufrüstungskonjunktur

den Einkommenschwund der breiten Massen infolge Teuerung und Erhöhung der direkten und indirekten Steuerbelastung wettmachen wird, kann erst die Zukunft lehren. Es ist damit zu rechnen, daß der industrielle Norden von der Lage profitiert, der ohnehin arme Süden darunter leidet, somit der Erfolg des 1000-Milliarden Lire-Programmes für den Mezzogiorno zum mindesten beeinträchtigt werden dürfte.

Die Börsenlage bleibt weiter sehr labil. Nachdem durch das kürzlich publizierte Gesetz, welches für größere Kapitalerhöhungen und Fabrikerweiterungen die behördliche Vorbewilligung vorsieht, der Staat deutlich in planwirtschaftliches Fahrwasser zurückgefallen ist, nachdem die letzten Jahre eine sukzessive Liberalisierung gebracht hatten, werden sich die Aktienkurse kaum erhöhen.

Der Geldumlauf steht gegenwärtig, wie vor Jahresfrist, bei ca. 1060 Milliarden Lire, hat also bis jetzt nur wenig zugenommen. Infolge der relativ hohen Deckung, durch Gold und Hartdevisen ist die Währungslage überhaupt als relativ günstig anzusehen.

Die Auswanderungsaussichten sind infolge der Rüstungskonjunktur der westlichen Welt etwas erfreulicher geworden. England, Frankreich und Belgien haben einen vermehrten Bedarf an italienischen Mineuren. Australien und Südamerika nehmen weiterhin pro Jahr ca. 100 000 italienische Auswanderer auf. Man hofft auch, daß die USA die während den Kriegsjahren nicht ausgenützte Quote zur Verfügung stellen. Wahrscheinlich wird auch die Schweiz wieder ein vermehrtes Interesse an italienischen Saisonarbeitern zeigen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die durch die Koreakrise geschaffene Weltlage für Italien nicht günstig ist. Das rohstoffarme, überbevölkerte und politisch zerrissene Land hätte zu seiner Rekonvaleszenz, auf deren Weg es schon so weit vorangekommen war, unbedingt noch einige Jahre ungestörter Entwicklung benötigt. Wird sie ihm die Zukunft gewähren? Wir möchten es ihm von Herzen gönnen.

Peregrinus

Brief aus Bulgarien

Ende Januar war es ein Jahr her, da Wasil Kolaroff, der seit 1946 die Funktion eines Präsidenten der Volksrepublik bekleidete und nach dem Tode Dimitroffs zum Ministerpräsidenten avancierte, im 73. Lebensjahr verstarb. Die Kommunistische Partei hatte damit innerhalb kürzester Zeit drei ihrer bisher maßgeblichen Führer verloren: außer den bereits Genannten noch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Traitscho Kostoff, der kurz zuvor nach einem Schauprozeß hingerichtet worden war. Aus der Schar der Anwärter auf die Nachfolge wählte Moskau den bis 1945 kaum bekannten Wilko Tscherwenkoff aus, der seither der allmächtige Mann Bulgariens ist. Es spielte dabei keine Rolle, daß Tscherwenkoff 1925 zusammen mit Dimitroff das grausige Bombenattentat in der Sofioter Kathedrale Sw. Nedelja organisierte, bei dem 190 meist unschuldige Menschen ums Leben kamen. Maßgebend war, daß der heute 50jährige Mann als blinder Anhänger der Politik des Kremls galt, von dem man nicht ähnliche politische Abenteuer zu erwarten hatte wie von Dimitroff, der immer wieder mit dem Gedanken eines integralen Südslawiens von Triglav bis ans Schwarze Meer spielte und sich von Moskau deshalb auch einmal zur Ordnung rufen lassen mußte. Tscherwenkoff aber, der «rote Wolf», wie sein Name, den er sich selbst beilegte, in deutscher Übersetzung lautet, wußte besser darüber Bescheid, wie man sich verhalten müsse, um mit Moskau nicht in Konflikt zu kommen. War er doch wie sein Schwiegervater Dimitroff lange Jahre Emigrant in der Sowjetunion und eine gute Zeit lang sogar bei der Moskauer Polizei beschäftigt gewesen. Allerdings war seine Bildung recht primitiv und sogar seine Kenntnisse der marxistischen Lehre

sollen recht dürftig sein; aber was ihm schließlich den Weg bahnte, war seine ungläubliche Rede- und Überzeugungsgabe, die auch auf das Politbüro ihre Wirkung nicht verfehlte.

Dimitroffs Mitarbeiter — Anwärter für den Galgen

Mit Tscherwenkoffs Aufstieg vollzog sich zugleich auch die völlige Umwandlung Bulgariens zum kommunistischen Staat. Die Fiktion einer gemeinsamen Regierung mehrerer Parteien unter der Flagge der «Vaterländischen Front», die durch Jahre hindurch aufrechterhalten wurde, verschwand, denn dem umgebildeten Kabinett gehörten jetzt neben dreiundzwanzig Kommunisten nur noch zwei Agrarier und der vom Vizeministerpräsidenten zum Elektrifizierungsminister degradierte Kimon Georgieff an, der am 9. September 1944 den Kommunisten in den Sattel verholten hatte. Neue Männer, wie der vom Eisenbahnminister zum Innenminister und im November v. J. sogar zum stellvertretenden Ministerpräsidenten avancierte Georgi Zankoff und der in Rußland geschulte Verteidigungsminister General Panschewski schoben sich in den Vordergrund, andere, unter Dimitroff noch so mächtige kommunistische Funktionäre, wie z. B. der frühere Innenminister Anton Jugoff oder der Vorsitzende der Planungskommission, Dobri Terpescheff, schieden aus der Reihe der Prominenten aus und müssen froh sein, wenn sie überhaupt noch einen Posten in der Regierung bekleiden können. Denn die im Sommer erfolgte Verurteilung von sieben Vizeministern und einer weiteren Zahl von leitenden Direktoren der staatlichen Unternehmungen zu langjährigen Kerkerstrafen zeigt deutlich, wie vergänglich Herrschaft und Ruhm gerade in der Volksdemokratie sind.

Besondere Beachtung verdient auch die in den letzten Tagen des vergangenen Jahres erfolgte Berufung des Generalleutnants Iwan Michailoff zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Dieser Mann ist nämlich niemand anders als der Bruder des seinerzeitigen IMRO-Chefs, Vantscho Michailoff, der mit seiner gefürchteten Terrororganisation Bulgariens Jahre hindurch in Angst und Schrecken hielt. Erst Kimon Georgieff bereitete nach seinem Staatsstreich 1934 den Anschlägen der Mazedonier ein gewaltsames Ende und seither lebt Michailoff als Emigrant in der Türkei. Nun aber scheint seine Zeit noch einmal gekommen zu sein. Denn die Feindschaft gegen Jugoslawien ist heute vielleicht — allerdings aus anderen Gründen — noch größer als vor dem Kriege. Es vergeht keine Woche, in welcher nicht Grenzzwischenfälle gemeldet werden und die anfänglich harmlosen Schmuggelfahrten der Kominform haben in letzter Zeit einem regelrechten Kleinkrieg Platz gemacht. Man weiß noch nicht, ob der IMRO-Chef schon zurückgekehrt ist und ob dies schon die Früchte seiner neuen-alten Taktik sind; — aber wenn auch nicht, so steht Vantscho Michailoffs Rückkehr und Einsatz gegen den alten Feind im Westen jedenfalls ernsthaft zur Diskussion in Sofia.

120 000 Türken warten

Auch an der Ostgrenze Bulgariens ist die Situation alles andere als normal. Zwar gibt es dort keine blutigen Grenzzwischenfälle, aber man braucht nur mit dem Orientexpress nach Sliwengrad, der bulgarischen Grenzstadt an der Mariza, zu kommen, um einen Eindruck von jener Spannung zu erhalten, die schon seit Monaten die bulgarisch-türkischen Beziehungen überschattet. Sie hat ihre Ursache in dem Wunsch der Sofioter Regierung, einen großen Teil der in Bulgarien lebenden türkischen Minderheit nach der Türkei zu transferieren. Es ist schwer, genaue Zahlen anzugeben, doch dürften immer noch 750 000 Türken im Lande leben, von denen nun rund 250 000 Personen nach Anatolien zurückwollen, von wo sie teilweise erst nach dem ersten Weltkrieg (wegen ihres Widerstandes gegen die von Kemal Pascha

betriebene Revolutionierung des türkischen Lebensstils) ausgewandert waren. Ohne mit der türkischen Regierung in Verbindung zu treten, hat man 120 000 dieser «türkischen Hugenotten» einfach Reisepässe ausgestellt und sie — nachdem sie ihr Hab und Gut verschleudert hatten — nach Sliwengrad geschickt, wo aber die Türken die Aufnahme solcher Massen von Einwanderern verweigerten. Seither herrscht auch an dieser Grenze eine latente Unruhe und man weiß nicht, ob es gelingen wird, diese Frage, die aus einer politischen zu einer sozialen geworden ist, in Bälde zu lösen.

So wenig man also von irgendwelchen außenpolitischen Erfolgen der Regierung Tschewrenkoff reden kann, so wenig befriedigend sind auch die Ergebnisse ihrer innerpolitischen Bilanz. Da Bulgarien immer noch ein Agrarland ist, sind die von der Landwirtschaft erzielten Produktionsergebnisse jedenfalls von größter Bedeutung. Tschewrenkoffs großer Rechenschaftsbericht vom Oktober 1950 befaßte sich auch sehr eingehend mit diesen agrarischen Fragen und er vermerkte auch das rasche Ansteigen der landwirtschaftlichen Genossenschaften (als Vorstufe der Kolchosen) von 1600 auf 2480 innerhalb von zehn Monaten des letzten Jahres — aber selbst seine Bilanz war alles andere als positiv. So mußte er bei seinem Exposé über die Ergebnisse der letzten Erntekampagne zugeben, daß das von der Regierung erstellte Plansoll in keinem der großen Anbaugebiete erfüllt werden konnte, trotzdem die Ablieferungsquoten — z. T. bis zu 40 % — ermäßigt wurden. Die Ursachen für dieses völlige Versagen lagen am fehlenden, bzw. verunreinigten Saatgut, dem veralteten oder defekten Maschinenpark, an der Indolenz und Unzuverlässigkeit des Personals und schließlich an der fehlenden Organisation überhaupt, weil es im ganzen Land nämlich nur 280 Getreideablieferungsstellen gab, zu denen manche Bauern bis zu 50 km lange Anmarschwege hatten. Ein völliges Chaos aber herrschte bei der Ablieferung von Eiern, Milch, Obst, Gemüse, Häuten, Flachs usw. Nicht einmal die Entsendung prominenter Parteiführer auf das Land hatte auf die Ablieferung einen Einfluß, da nicht nur die Bauern der Ablieferung ihrer Produkte Widerstand entgegengesetzten, sondern auch die lokalen Behörden, Kommissionen und selbst die Bezirksräte keinen Eifer an den Tag legten.

Während sich aber das kommunistische Regime auf dem Lande noch nicht richtig durchsetzen konnte, gelang es ihm in den Industriegebieten, das sowjetische System der Normen, der Wettbewerbe und «freiwilligen» Verpflichtungen zur Mehrarbeit vollends einzuführen. Der Achtstundentag ist beseitigt und die Arbeiter sind jetzt zumeist zehn Stunden in ihren Betrieben, um ihr Soll zu erfüllen. Dabei sind die Arbeitsbedingungen denkbar primitiv. Deshalb verließen auch viele Bergleute im größten bulgarischen Kohlenrevier Pernik ihre Arbeitsstätte und waren trotz Drohungen und Versprechungen nicht dazu zu bewegen, wieder in die Gruben einzufahren. Man half sich mit der Zwangsrekrutierung «politisch und weltanschaulich unzuverlässiger Elemente», — aber die Förderziffern sanken weiter ab.

Der sowjetische Einfluß

ist nach wie vor stark. Man kann dies allein schon an den zahlreichen Umbenennungen ablesen. Große Städte wie z. B. Varna heißen jetzt Stalin, Marschall Tolbuchin (früher Dobritsch in der Dobrudscha), Colaroffgrad (Schumen) oder Blagojeffgrad (Gorna Dschumaja). Auch der fast 3000 m hohe Mussala, der höchste Berg Bulgariens, trägt jetzt den Namen Stalin, während der 2600 m hohe Granitgipfel über dem Rilakloster nach dem verstorbenen sowjetischen Präsidenten Kalinin benannt wurde. Nicht einmal die so schöne, zum ersten Mal von bulgarischen Freiheitskämpfern im russisch-türkischen Krieg 1878 gesungene Staatshymne «Schumi Mariza» durfte bestehen bleiben. Ein neuer Text, in dem von den «großen Sonnen Lenin und Stalin» und dem «brüderlichen Sowjetvolk» die Rede ist, ist es, den fortan die Kinder

singen müssen. Auf derselben Linie lag ein kürzlich erlassenes Dekret der Regierung, das allen Sowjetbürgern dieselben Rechte im Lande zuerkennt wie sie die Bulgaren besitzen, und sie auch berechtigt, Posten im staatlichen und privaten Leben zu bekleiden.

Die Russen freilich revanchieren sich auf ihre Art. Wie in Sachsen haben sie auch in Bulgarien Hand auf das in der Nähe von Sofia befindliche reichliche Uranvorkommen gelegt. Jede Woche fährt ein vollbeladenes Schiff mit Uranerz über Varna nach Rußland. Daneben aber wird auch noch die ganze Produktion von Kupfer und Zinnerzen nach Osten transportiert, während im Lande selbst Altkupfer gesammelt werden muß, um den notwendigsten Bedarf zu decken. Die meisten dieser Gruben gehören übrigens westlichen Gesellschaften.

Die bulgarischen Zeitungen versäumen es aber nicht, auftragsgemäß die sowjetische Hilfe Tag für Tag ins rechte Licht zu rücken. Sie berichten von einlaufenden russischen Schiffen, wobei es vorgekommen ist, daß diese in Varna beladen wurden und in Burgas ihre Fracht wieder löschten. Auch Elektromotoren hat die Sowjetunion geliefert. Nur kosten diese den Staat pro PS 100 Dollar, während man sie im Westen für 15 Dollar hätte haben können. Die aus der Sowjetunion importierten Autos der Marke SIS aber kommen auf rund 3500 Dollar zu stehen, brauchen 80 Liter Benzin pro 100 km und haben Fahrerbudens aus Pappe und Holz, dagegen keine Vorderbremsen. Solche Dinge aber passieren nicht erst seit Beginn der Ära Tschewenkoff. Sie geschahen schon im ersten Jahr nach der «Befreiung» des Landes, als die bulgarischen Exporteure ihre beiden wichtigsten Produkte — Tabak und Rosenöl — in Amerika auf den Markt bringen wollten. Dort erfuhren sie dann zum ersten Mal von der Skrupellosigkeit der sowjetischen «Amtorg», welche die von der Roten Armee am 9. September 1944 in den Lagern der Agrarbank beschlagnahmten Millionen Tabak und rund 7000 Liter Rosenöl außer Landes gebracht und zu einem Dumpingpreis auf der New Yorker Börse angeboten hatte. Seither hat aber die geheime Ausbeutung Bulgariens Formen angenommen, die Dimitroff vielleicht voraussah, als er vor seinem bis heute noch nicht völlig aufgeklärten Tode mit dem Gedanken spielte, Moskau «adieu» zu sagen.

Militärische Umschau

Die militärische Ausbildung im Jahre 1951

Die militärische Ausbildung des laufenden Jahres trägt in stärkerem Maße als letztes Jahr den Charakter einer *Übergangszeit* zwischen den neuen Bestimmungen der Militärorganisation, die sich noch nicht voll auswirken können und der in Vorbereitung befindlichen Truppenordnung 1951, auf deren Einführung und Durchführung bereits stellenweise Rücksicht genommen wird.

Die Rekrutenausbildung

Die Rekrutenausbildung der *Infanterie* sieht eine gewisse Lockerung der Spezialisierung vor, die versuchsweise bereits in den Herbstschulen 1950 eingeführt wurde:

Ausbildung aller Rekruten der Füsiliärkp. mit Karabiner und Maschinenpistole.
— Ausscheidung von nur noch drei statt wie bisher vier Ausbildungsgruppen.
Die Mannschaft der Gefechtszüge: Ausbildung am Lmg. und mit Handgranaten;

des Feuerzuges: am lafettierten Lmg., später am neuen Mg. 51; die Panzerabwehrschützen: mit Panzerwurfgranaten, Raketenrohr und Panzerabwehrminen.

Für die bisher in Schulen der Motortransporttruppe ausgebildeten Motorfahrerrekruuten der Infanterie werden erstmals zwei eigene Rekrutenschulen in Thun durchgeführt. — Mit Rücksicht auf die neue Truppenordnung, die die Umbewaffnung der Kanonen- und Gebirgskanonenabteilungen auf 10,5 cm Haubitzen vorsieht, werden die Rekruten dieser Abteilungen bereits an der Haubitze ausgebildet. Andererseits sollen in zwei Flab-Rekrutenschulen noch Scheinwerferrekruuten ausgebildet werden, trotzdem nach neuer Truppenordnung die Scheinwerferkp. keinen Rekrutennachwuchs mehr erhalten sollen. — Die Motorfahrer der *Genietruppe* werden mit den Motorfahrern der Übermittlungstruppe in Kloten ausgebildet, weil der Genie-Waffenplatz Brugg für die Eigenausbildung der Motorfahrer noch nicht eingerichtet ist. — In der einzigen Rekrutenschule der *Motortransporttruppe* werden auch die Motorfahrer der Sanität und der Verpflegungstruppe ausgebildet, sowie neu die Rekruten der Straßenpolizei, für die entsprechenden motorisierten Auszugseinheiten der neuen Truppenordnung.

K a d e r a u s b i l d u n g

Um das neue 8,3 cm Raketenrohr mit Hohlgranate und Raketenantrieb gleichzeitig wie in den Rekrutenschulen auch in der Feldarmee einführen zu können, werden für Subalternoffiziere der Infanterie und der Leichten Truppen zwölf Einführungskurse von je drei Tagen Dauer auf verschiedenen Waffenplätzen durchgeführt. — Im Hinblick auf die vorgesehene Motorisierung der Nachrichtenkp. der Inf.Rgt. werden deren Kommandanten und Übermittlungsoffiziere in Kursen von zwei Wochen Dauer auf den Motorwagendienst umgeschult. — An Stelle der durch schwere Waffen verstärkten Füsilier-Kompagnien werden nunmehr ganze Bataillone als Übungstruppen in die Schießschulen von Wallenstadt kommandiert.

U m s c h u l u n g s k u r s e

In drei als WK angerechneten Umschulungskursen sollen bereits dieses Jahr geeignete Trainmannschaften der Infanterie als Motorfahrer ausgebildet werden. In die Umschulungskurse der Zerstörungstruppen werden nicht nur die neu eingeteilten Mannschaften des Jahrganges 1910 einberufen, sondern bereits auch die Hälfte der Geniesoldaten der Jahrgänge 1911 bis 1914, die mit der neuen Truppenordnung zu den Zerstörungstruppen übertreten werden.

W i e d e r h o l u n g s k u r s e

In die WK werden auch dieses Jahr keine Landwehrtruppen alter Ordnung einberufen. Im Dreijahresturnus werden dieses Jahr die letzten vier Heereseinheiten zu großen Manövern herangezogen: im Februar/März die 2. Division gegen die Leichte Brigade 1, im Herbst die 9. Division gegen die Leichte Brigade 3, die 5. Division gegen die Leichte Brigade 2 und die Gebirgsbrigade 10 gegen ein verstärktes Inf.-Rgt. Erstmals ist auch die Teilnahme von Fliegerabwehr-Regimentern an den Manövern der drei Divisionen vorgesehen. Große Manöver schon im ersten Jahresviertel durchzuführen, ist eine aner kennenswerte Neuerung.

In den als WK angerechneten Flabschießkursen der Infanterie wird der letzte Drittel der Flab-Kp. für die Inf.Rgt. aufgestellt. — Zu den WK der 1948 neu formierten motorisierten Leichten Truppen werden zusätzlich drei ältere Auszugsjahrgänge einberufen, die in den neuen Formationen noch keinen Dienst geleistet

haben. Die Vermessungs- und Phototrups der schweren Artillerie leisten den WK nicht mit ihren Stäben, sondern werden von der Abteilung für Artillerie in drei Fach-WK zusammengezogen.

An Stelle der freiwilligen und außerdienstlichen Gebirgskurse der Heeres-einheiten treten im Sommer 1951 versuchsweise Gebirgs-WK der Divisionen und Gebirgsbrigaden. Das bisherige System der außerdienstlichen Kurse hat sich nicht bewährt. Auf der einen Seite konnte sich nicht jeder geeignete Soldat einen solchen Kurs zeitlich und finanziell leisten, auf der anderen Seite drängten sich vielfach Wehrmänner zu diesen Kursen, die eine Gebirgsausbildung militärisch gar nicht benötigen, wie Motorfahrer, Angehörige der Leichten Truppen, der Flieger- oder Flabtruppe. Die Eingliederung der Gebirgsausbildung in die gesetzlichen Dienstleistungen ist ein Fortschritt. Sie erlaubt die Auswahl der Kursteilnehmer nach rein *militärischen* Gesichtspunkten, unter Anrechnung als WK.

Eine wertvolle Neuerung bildet die Anordnung von Panzerdemonstrationen, wofür Detachemente der Panzerjägerkp. oder besondere Demonstrationsequipen zur Verfügung gestellt werden.

Ergänzungskurse

Es sind nur noch wenige Ergänzungskurse für die Truppen der Landwehr vorgesehen. Von der Infanterie werden nur zwanzig Flab-Züge von Ter.Bat. zu Flabschießkursen einberufen, von den Leichten Truppen nur vier Kp. Radfahrer für den Straßenpolizeidienst in den großen Manövern. Die Ergänzungskurse für die zweite Hälfte der Festungsartillerie werden, wie letztes Jahr, mit 14 Tagen Umschulungskurs für diejenigen Landwehrsoldaten verbunden, die erst nach dem Aktivdienst zur Festungsartillerie versetzt wurden. Neben der Fliegerabwehrtruppe ruft nun auch die Fliegertruppe einige Landwehrjahrgänge zur Leistung des Ergänzungskurses in den WK ein. Bei der Flab-Truppe beschränkt sich diese Einberufung älterer Jahrgänge auf diejenigen Abteilungen, die den WK als Schießkurs durchführen. Weitere Ergänzungskurse finden für Motorfahrer aller Art statt, für sieben Motorfahrzeug-Reparaturkp. und für Angehörige der Heerespolizei.

Das Fehlen von Grenztruppen und Territorialtruppen der Infanterie im Aufgebotsplakat, abgesehen von den bereits erwähnten 20 Flab-Zügen, ist auffallend. — In den Jahren 1948—1950 sind alle Grenz- und Territorialtruppen der Infanterie zu einem Kurs von sechs Tagen einmal einberufen worden, die Hälfte der Grenztruppen sogar zu zwei solchen Kursen (1948 und 1950). Wie für die Landwehrbat. alter Ordnung wird nun auch für Grenztruppen und Territorialbat. ein kleiner Marschhalt eingeschaltet. Im Hinblick auf die bei den Grenztruppen einschneidende Veränderungen bringende neue Truppenordnung ist dies angezeigt. Dieses Jahr werden auch andere Landwehrformationen der Spezialtruppen nicht mehr einberufen, so daß ihre Angehörigen im Rahmen der neuen Truppenordnung in vermehrtem Maße herangezogen werden können. Eine gewisse Zurückhaltung im laufenden Jahr wird von 1952 an durch eine Intensivierung der Ausbildung nach Einführung der neuen Truppenordnung kompensiert.

Die Hilfsdienste

Für die Hilfsdienste sind wiederum verschiedene Einführungskurse, Kaderkurse und WK-ähnliche Dienstleistungen vorgesehen. Wir erwähnen besonders die Ausbildungskurse für zwei Zonen des Fliegerbeobachtungs- und Meldedienstes, sowie die Teilnahme von HD-Pflichtigen an den Übungen von sechs Zerstörungsabteilungen. Für die größeren Ortswehren sind Übungen bis zu drei Tagen Dauer und für die Rotkreuzkolonnen Kurse von einer Woche vorgesehen.

Halbe Lösungen

Die vom Parlament beschlossene und zweckmäßige Bildung einer Abteilung für Übermittlungstruppen und einer Abteilung für Genie und Festungswesen ist auf Beginn dieses Jahres in Kraft getreten. Bei der Ausführung des Beschlusses wurde aber der Schritt nur halb gemacht. Ein Blick in das Verzeichnis der Rekruten- und Kaderschulen 1951 zeigt, daß die Infanterie nach wie vor die Telefon- und Funkersoldaten für die Nachrichtenkp. der Inf.Rgt. in Freiburg selbst ausbildet. Die Leichten Truppen und die Artillerie bilden ihre Funker und Telefonisten mit Rücksicht auf die enge Zusammenarbeit mit den Kampftruppen selbst aus. Die Übermittlungsorgane dieser beiden Truppengattungen bilden denn auch keine eigenen Rekruteneinheiten; sie leisten in den gleichen Rekrutenkp. oder Rekrutenbatterien mit Motordragonern bzw. Kanonieren Dienst. Beim Übermittlungsdienst der Fliegertruppe schafft die Verbindung zwischen Boden und fliegenden Verbänden besondere Verhältnisse, die die Eigenausbildung nahelegen. Für die Funker- und Telefonschulen der Infanterie in Freiburg liegen aber die Verhältnisse wesentlich einfacher. Es sind besondere Fachschulen, ohne Zusammenhang und ohne Zusammenarbeit mit anderen Infanterieschulen, entsprechend der Zusammenfassung der Funker und Telefonsoldaten in der Nachrichtenkp. des Regimentes. Da die besondere Abteilung für Übermittlungstruppen die Aufgabe hat, auch die Übermittlungsdienste der anderen Truppengattungen zu koordinieren, ist es angezeigt, die Telefon- und Funkerschulen der Infanterie dieser Fachabteilung zu unterstellen. Die Unterlassung dieser Unterstellung beweist, daß die notwendige Koordinierung im militärischen Übermittlungsdienst noch nicht erreicht ist.

Laut Voranschlag für das laufende Jahr werden tausend Dragonerpferde angeschafft und abgegeben, das sind rund 40 Remonten für jede Dragonerschwadron. Unsere Kavallerie hat den Rückschlag, zufolge zeitweiser Unterbindung der Pferde-einfuhr während des Krieges, immer noch nicht überwunden. Sechs Jahre nach Beendigung des Aktivdienstes haben unsere Reiterschwadronen immer noch Dragoner, die ohne Pferd aus der Rekrutenschule kommen und erst nach einiger Zeit ein Pferd steigern können. Die neu angekauften und zugerittenen Pferde werden immer zuerst an die älteren Anwarter abgegeben. Wäre es nicht einfacher und billiger gewesen, während der Einfuhrsperre keine berittenen Dragonerrekruuten auszubilden, oder am Ende des Aktivdienstes die unberittenen Dragoner umzuteilen und die jungen Pferde nur an Rekruten abzugeben? Der Fiskus hätte auf diese Weise Millionen eingespart, die Pferderegieanstalt hätte schon zu einem früheren Zeitpunkt aufgehoben und der Personalbestand des Remontendepots erheblich reduziert werden können. Die verbleibende Militär-Pferdeanstalt in Bern braucht selbstverständlich für das Akklimatisieren und Zureiten von tausend Remonten bedeutend mehr Personal als für ein normales Jahreskontingent von 500 Remonten. Ist es nicht auffallend, daß dieses Problem noch nie in der Bundesversammlung aufgegriffen worden ist und hier zur Sparsamkeit gemahnt wurde?

Miles

«Wirtschaft und Recht»

Auch während des zweiten Jahres ihres Erscheinens ist die im Verlag Art. Institut Orell Füßli A.G. in Zürich herauskommende und von Dr. Leo Schürmann in Olten und Prof. Emil Küng in St. Gallen geleitete Zeitschrift «Wirtschaft und Recht» ihrem Grundsatz treu geblieben, wirtschaftliche, rechtliche und wirtschaftspolitische Fragen in gründlicher und doch leicht lesbarer Form zu behandeln.

Da es nicht möglich ist, im einzelnen auf alle die Arbeiten einzugehen, welche

in den vier während des Jahres 1950 erschienenen Heften enthalten sind, beschränken wir uns auf eine Besprechung einzelner Beiträge. Heft 1 brachte den Abdruck einer interessanten Untersuchung, welche eine unter Leitung von Prof. O. Germann, Basel, stehende Studiengruppe im Auftrage der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik über den Ausbau des Rechtes der Gesamtarbeitsverträge verfaßt hat. Ausgangspunkt dieser Arbeit ist die Feststellung, daß die gegenwärtige rechtliche Regelung des Institutes der Gesamtarbeitsverträge, wie sie im geltenden O.R. enthalten ist, eine zu schmale Basis für die weitere Entwicklung darstellt. Anzustreben ist eine Verbesserung der Durchsetzbarkeit der in den Gesamtarbeitsverträgen enthaltenen Normen, wobei jedoch erfreulicherweise auf eine Anwendung öffentlich-rechtlicher Mittel soweit wie möglich verzichtet werden soll.

Ein ähnliches Thema behandelt Dr. Lukas Burckhardt, der in sehr interessanter Weise das Problem des Rechtsschutzes im Gesamtarbeitsvertrag unter den besondern Bedingungen des Basler Stadtstaates beleuchtet. Der Autor weist darauf hin, daß der Kampf um den Rechtsstaat gerade auch im Zusammenhang mit dem Aufbau der Gesamtarbeitsverträge zur Diskussion steht, indem er feststellt: «Der Kampf gegen Willkür im Gesamtarbeitsvertrag läßt sich nicht umgehen und nicht verschieben».

Dr. E. Geyer befaßt sich mit der rechtlichen Basis und der Notwendigkeit der schweizerischen Ein- und Ausfuhrpolitik, wobei er sich namentlich kritisch mit den früher in der gleichen Zeitschrift geäußerten Ansichten von Prof. Hans Huber (Bern) auseinandersetzt.

Besonders anregend und interessant ist das Banken-Sonderheft (Nr. 4), in welchem sich eine Reihe von gewichtigen Autoren zum Wort meldet. Dr. Iklé, der Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, berichtet über die Beziehungen zwischen Bund und Banken; nicht jedermann dürfte es ohne weiteres bewußt sein, in wie starkem Maße der Bund durch die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit gezwungen worden ist, sich auch als Bankier zu betätigen, da er Gold kauft und verkauft und ausländischen Staaten im Rahmen der Zahlungsabkommen Kredite gewährt. Das Maximum der effektiv ausgenützten Kredite wurde im Jahre 1949 mit Fr. 648 Millionen erreicht, wobei eine Beanspruchung der Nationalbank gänzlich vermieden werden konnte. Dr. A. Schaefer, Generaldirektor der Bankgesellschaft, erteilt interessante Aufschlüsse über den schweizerischen Geld- und Kapitalmarkt, während der verdiente Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank Basel, Dr. Heinrich Küng, Probleme des Klein-Kredites behandelt. Bis zu den Dreißigerjahren hat man sich auf Seiten der Banken in der Schweiz, im Gegensatz zu den U.S.A., kaum ernstlich mit dem Erteilen von Klein-Krediten an Privatpersonen befaßt, ob schon dieser Geschäftszweig als durchaus solid anzusprechen ist, wenn gewisse Richtlinien befolgt und sichernde Maßnahmen getroffen werden. Sehr schön hebt der Autor hervor, wie sich bei der Erteilung von Kleinkrediten für den Bankier nicht nur geschäftliche, sondern höchst bedeutungsvolle menschliche Probleme ergeben, deren gerechte Lösung geeignet ist, manch unverdiente Notlage zu lindern.

Erwähnt seien noch aufschlußreiche Aufsätze von Dr. Max Oetterli, Basel, über das komplizierte Gebiet der Affidavits, und von Dr. E. Ackermann über Aufgaben und Funktionen der Schweizerischen Nationalbank. Mit Befriedigung kann Dr. Ackermann feststellen, daß die Schweizerische Nationalbank den ihr anlässlich der Gründung gestellten Aufgaben gerecht geworden ist, indem sie insbesondere für geordnete und einfache Währungsverhältnisse im Inland und für ein hohes Ansehen des Schweizerfrankens im Ausland gesorgt hat. Erwähnt sei auch noch ein Aufsatz von Dr. Fritz Hummler, Zürich, über Exportrisiko-Garantie und Kapital-export.

Es besteht aller Grund, den kommenden Heften von «*Wirtschaft und Recht*» mit Interesse entgegenzusehen.

Marcel Großmann